

Themenblock II - Integrationsangebote in Schleswig-Holstein

8. Antirassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus

Mirjam Gläser
Beratungsnetzwerk gegen Rechts
Schleswig-Holstein

In unserer Beratungsarbeit im Land über die letzten zwei Jahre wurde deutlich, dass neben der Auseinandersetzung mit dem aktuellen Rechtsextremismus die Sensibilisierung für Alltagsrassismus in der Mehrheitsgesellschaft einen wichtigen Bestandteil unserer Arbeit darstellt.

Eine gesamtgesellschaftliche Strategie gegen Rassismus und Rechtsextremismus muss erstens gegen extrem rechte Kräfte und Einstellungsmuster vorgehen und sich zweitens den Anforderungen einer demokratischen und menschenrechtsorientierten Einwanderungsgesellschaft stellen.

- Rassismus als Einfallstor in die Gesellschaft
- Rassismus als ‚Einstiegsdroge‘ in den Rechtsextremismus
- Rassismus und Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft

Unsere Forderungen:

Das Beratungsnetzwerk ist ein hauptsächlich aus Bundesmitteln gefördertes Projekt, dessen Förderperiode möglicherweise 2013 endet. Damit gesammelte Erfahrung, Kompetenz und Netzwerkarbeit nicht am Ende der Förderperiode einfach verloren gehen, ist eine Verstetigung der Projektförderung notwendig.

Die Einführung eines Landesprogramms für eine menschenrechtsorientierte Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus könnte eine unabhängige und angemessene regionale Infrastruktur für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus längerfristiger sichern. Maßnahmen gegen Alltagsrassismus sollten in den Förderkatalog ausdrücklich aufgenommen werden.

Am Umgang mit potenziellen und tatsächlichen Opfergruppen entscheidet sich, ob rechtsextreme und rassistische Feindbilder geteilt werden und die Aus-

grenzungsideologie der Täter erfolgreich ist.

Vor diesem Hintergrund fordern wir die Sensibilisierung und Fortbildung von vorhandenen Opferberatungsstellen für die spezifischen Belange von Opfern rechter Gewalt.

Langfristig wäre die Einrichtung einer unabhängigen mobilen Beratungsstelle speziell für Menschen, die Opfer rechter Gewalt wurden, wünschenswert.

Die Unterstützung der Selbstorganisation von Betroffenen und potenziellen Opfergruppen, wie z. B. Migrant*innenverbänden und Flüchtlingsorganisationen, können dazu beitragen, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit einzudämmen.

Eine von uns im letzten Jahr begonnene Antidiskriminierungsreportage zeigt, dass Diskriminierung in den seltensten Fällen ausgesprochen bzw. gemeldet wird. Zudem wird deutlich, dass sie auch von den Betroffenen nicht immer als solche wahrgenommen wird, da bei ihnen das Bewusstsein für Diskriminierung und Rassismus nicht immer vorhanden ist und in manchen Fällen inzwischen sogar als normaler Bestandteil des Alltags gesehen wird. Vertreter der Mehrheitsgesellschaft müssen deswegen offensiv den Austausch mit Minderheiten suchen und deutlich zeigen, dass in dieser Gesellschaft alle Menschen mit ihren Themen und Problemen ernstgenommen werden.

Deswegen fordern wir eine aktive Integrationspolitik, in der Migrant*innen und Migrant*innen als gleichberechtigt anerkannt werden.